

Baden-Baden unterstellten Délégation Supérieure de la Sarre in Saarbrücken⁵⁶, mußte Regierungspräsident Neureuter aufgrund einer Weisung der Militärregierung im Saarland für seine Dienststelle eine gegenüber deutschen Oberbehörden autonome Stellung in allen Angelegenheiten staatlicher Verwaltung geltend machen,⁵⁷ da *das Saargebiet hinfort eine eigene, von anderen administrativen Bindungen unabhängige verwaltungsmäßige Einheit* bilde⁵⁸. Damit war für diesen Raum eine erste und zugleich wesentliche Voraussetzung für eine Sonderentwicklung geschaffen; denn die im Laufe der Zeit zunehmende Eigenständigkeit der Saarbrücker Militärregierung gegenüber Baden-Baden konnte nun aufgrund aufgelöster verwaltungsmäßiger Bindungen durchschlagen und bald im Interesse einer Politik wirksam werden, die, nachdem der Gedanke einer politischen Annexion fallen gelassen werden mußte, auf eine halbautonome Eigenstaatlichkeit der Saar hienzielte. Sie erfaßte natürlich auch die Schulverwaltung und Schulaufsicht. Noch wichtiger für die kommende Entwicklung war aber zunächst die Personalpolitik im Sektor schulische Verwaltung und Aufsicht.

Am 1. August 1945 berief Neureuter mit Genehmigung der französischen Militärregierung den ehemaligen Handelsstudienrat Dr. Ludwig Jung zum Direktor der Erziehungsabteilung seines Regierungspräsidiums⁵⁹. Das Schuldezernat bestand damals nur aus fünf Referaten⁶⁰. Jung konnte gleich über einen Stab von Mitarbeitern verfügen. Es waren, wie er in seinem Bericht vom 4. August 1945 an die französische Militärregierung versicherte, *alles neue Männer, die nicht Parteimitglieder waren*⁶¹. Die rigorose Säuberung des Beamtenapparats der saarländischen Schulabteilung hatte zur Folge, daß er mit einem weitgehendst unerfahrenen Personalkörper dastand, um schwierigste Aufgaben in einer extremen Ausnahmesituation bewältigen zu müssen. Jung war sich durchaus der Probleme bewußt, die sich aus der Unerfahrenheit seiner Bediensteten ergaben. Aus diesem Grunde schlug er als Amtsleiter seines Verwaltungsreferats den bisherigen Inhaber vor, der, so Jung, zwar Parteimitglied gewesen sei, den Nationalsozialismus aber gefühlsmäßig abgelehnt habe. Seine Entscheidung begründete Jung mit dem Hinweis, daß es ihm *unmöglich* sei, *die Abteilung mit Vorteil zu führen, wenn nicht mindestens ein verwaltungsmäßig vorgeschulter Fachmann darinnen verbleibt*⁶². Dieser Vorgang einer an sich alltäglichen personalpolitischen Entscheidung zeigt an, daß, wie im übrigen Deutschland, auch im Saarland die Frage der Entnazifizierung des öffentlichen Bildungssektors unter personellem Aspekt schon im Jahre 1945 im Zeichen von fachlich und sachlich begründeten Kompromißzwängen gestanden hat. Merkwürdig unproblematischer war diese Frage für die Schulaufsicht zu lösen, da man hier aus einem großen Kreis erfahrener Lehrer eher poli-

⁵⁶ Am 30. August 1945.

⁵⁷ Vgl. hierzu Schreiben der Militärregierung an Neureuter vom 25. 6. 1945 und Antwortschreiben Neureuters an die Militärregierung vom 2. 8. 1945. LA Saarbrücken, Bestand Regierungspräsidium Nr. 1.

⁵⁸ Amtsblatt des Regierungspräsidiums, Nr. 3/1945, S. 5

⁵⁹ Undatierter Aktenvermerk. LA Saarbrücken, Bestand KM, Abt. Allgemeine Verwaltung, Z I – B 6 1945 – 1957. Das Regierungspräsidium bestand damals aus 7 Abteilungen, das Schuldezernat existierte als Abteilung V.

⁶⁰ Vgl. dazu den Organisationsplan vom September 1945. LA Saarbrücken, Bestand KM, Abt. Allgemeine Verwaltung, Z II – A 2 g 1945 – 1947.

⁶¹ Bericht Jungs an die Militärregierung vom 4. 8. 1945. LA Saarbrücken, Bestand KM, Abt. Allgemeine Verwaltung, Z II – A 2 g 1945 – 1947.

⁶² Ebenda, S. 2.